

11. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

25. Juni 1958

297/ J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. N e u g e b a u e r, W i m b e r g e r, Marianne P o l l a k
und Genossen

an den Bundesminister für Unterricht,

betreffend die unterrichtlichen und erzieherischen Schwierigkeiten, die durch
die Massnahmen der Pflichtschullehrer im Kampf um die Bildungszulage entstehen.

-.-.-.-.-

Die Lehrer und Lehrerinnen an den Volks- und Hauptschulen haben wiederholt
die Ausbezahlung der sogenannten Bildungszulage gefordert, wie sie den Lehrern
an den Mittelschulen seit 1. Juni 1954 gewährt wird. Abgeordnete zum Nationalrat
und der Herr Bundesminister für Unterricht haben dieses Vorlangen der Pflicht-
schullehrerschaft wiederholt als berechtigt anerkannt.

Da alle Bemühungen, die Bildungszulage zu erhalten, bisher erfolglos ge-
blieben sind, haben die Pflichtschullehrer Kampfmassnahmen ergriffen, wie etwa
die Einstellung der pädagogischen Fortbildungsarbeit. Diese Massnahme allein
bedeutet, wenn sie längere Zeit anhält, eine schwere Schädigung der Schule. Für
den Herbst sind Verstärkungen der Kampfmassnahmen geplant, so u.a. die Einstellung
der Arbeit der Lehrerschaft für den Buchklub der Jugend. Diese Aktion würde eine
international anerkannte Einrichtung lahmlegen, was nicht nur für die literari-
sche Erziehung der Jugend ein sehr grosser Nachteil wäre, sondern auch dem Ansehen
Österreichs Schaden zufügen müsste. Ausser der Einstellung der Arbeit für den
Buchklub der Jugend sind weitere Einstellungen der Mitarbeit beim Theater der
Jugend, beim Jugend-Rot-Kreuz, bei Jugend und Film, bei der Schulmilchaktion,
beim Schulsparen, bei Geldsammlungen, beim Vertrieb von Losen, Zeitschriften
usw. beabsichtigt.

Die unterfertigten Abgeordneten richten an den Herrn Bundesminister
für Unterricht die folgende

A n f r a g e :

Was gedenkt der Herr Bundesminister zu tun, um die Schule vor den schweren
Schädigungen zu bewahren, die eintreten würden, falls die bisherigen Massnahmen
weiter andauern sollten und die angekündigten neuen Massnahmen erfolgen würden?

-.-.-.-.-